Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 – 2018

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

DGB

DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag

BDA DIE ARBEITGEBER

BDI Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

ZDH ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS

BFB Bundesverband der Freien Berufe

Kultusministerkonferenz

Wirtschaftsministerkonferenz

Bundesagentur für Arbeit

Berufliche Bildung ist ein Erfolgsmodell für Jugendliche und Betriebe

Das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland ermöglicht den Jugendlichen eine breit angelegte hochwertige berufliche Qualifikation und sichert den Unternehmen einen hervorragenden Fachkräftenachwuchs.

Es bietet durch die unmittelbare Nähe zur betrieblichen Praxis den Jugendlichen gute Voraussetzungen für den Übergang ins Arbeitsleben und über die berufliche Aufstiegsfortbildung vielfältige Karriere- und persönliche Entwicklungschancen.

Gut ausgebildete Fachkräfte bleiben das Rückgrat der Innovationskraft unserer Betriebe. Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist ein Garant für die im Vergleich zu anderen Staaten Europas niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

Eine fundierte, umfassende Berufsausbildung mit modernen Ausbildungsberufen ist für die Jugendlichen und die Betriebe eine gute Basis, um den Wandel der Arbeitswelt zu meistern. Viele Länder sind daran interessiert, Elemente des dualen Modells in ihre Bildungssysteme zu integrieren.

Berufliche Bildung ist ein entscheidender Standortfaktor

Die duale Berufsausbildung ist ein zentraler Erfolgs- und Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Berufliche Bildung ist elementare Grundlage und Voraussetzung für die Fachkräftesicherung der deutschen Wirtschaft und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist unser gemeinsames Anliegen, die duale Berufsausbildung in Deutschland weiter zu stärken und ihre Bedeutung und die Chancen für Karriere und qualifizierte Beschäftigung noch deutlicher zu machen.

Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesregierung, Bundesagentur für Arbeit und Länder wollen in der Allianz für Aus- und Weiterbildung entschlossen die duale Berufsausbildung zukunftsfähig erhalten und bei Jugendlichen und ihren Eltern, in den Schulen und Hochschulen und insgesamt in der Gesellschaft dafür werben.

Mit einer gemeinsamen Kampagne wird die Bundesregierung mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften zusammen mit den Ländern für die Stärkung der beruflichen Bildung werben. Der Wert der beruflichen Bildung soll wieder stärker in der Gesellschaft verankert werden.

Die berufliche Ausbildung verdient die gleiche Akzeptanz wie eine akademische Ausbildung. Wir brauchen berufliche und akademische Ausbildung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes. Wir benötigen gemeinsame Anstrengungen, um einen Wechsel zwischen den Systemen selbstverständlich zu machen und die Durchlässigkeit zu verbessern. Die duale Berufsausbildung sichert den Fachkräftenachwuchs und schafft wie eine akademische Ausbildung gute Perspektiven für beruflichen Erfolg und berufliche Weiterentwicklung.

Eine weiter verstärkte und verbesserte Berufsorientierung an allen Schulen ist unabdingbar. Dies ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der hohen Zahl von Wechslern und Abbrechern, sowohl in der beruflichen als auch in der akademischen Ausbildung.

Die Sozialpartner, die Unternehmen, die Kammern und die Berufsschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der dualen Ausbildung. Die Sozialpartner sorgen für einen fairen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern insbesondere bei der Weiterentwicklung der dualen Ausbildung und deren Rechtsverordnungen.

Die Ausgangslage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Hier gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Der demografische Trend wird auch in den kommenden Jahren zu einem Rückgang der Schulabgängerzahlen führen. Gleichzeitig sind die Berufswünsche von Jugendlichen und die regionalen Ausbildungsangebote vermehrt nicht passgenau. Diese Entwicklung hat sich in jüngster Zeit noch verschärft aufgrund der zunehmenden Studierneigung der jungen Menschen.

Einerseits geht die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zurück. Andererseits bleiben viele angebotene Ausbildungsstellen unbesetzt. Wir wollen zudem die Chancen für benachteiligte und behinderte junge Menschen sowie Jugendliche mit migrationsbedingten Problemlagen auf betriebliche Ausbildung verbessern.

Nach aktuellen Prognosen, die die Zuwanderung der letzten Jahre sowie eine höhere Erwerbsbeteiligung berücksichtigen, wird ein Rückgang der Erwerbspersonen in Millionenhöhe bis zum Jahr 2030 erwartet.
Die größten Engpässe werden bei Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung erwartet.

Wirtschaft, Gewerkschaften, Bund und Länder sind sich einig, dass sie gemeinsam die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verbessern wollen. Sie haben sich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung zum Ziel gesetzt:

- die Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Bildung in Deutschland deutlich aufzuwerten,
- die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss weiter zu reduzieren,
- jedem ausbildungsinteressierten Menschen im Rahmen der im Koalitionsvertrag angesprochenen Ausbildungsgarantie einen „Pfad“ aufzuzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann,
- die Passungsprobleme zwischen Bewerber/innen und Unternehmen regional und berufsfachlich nachhaltig zu verringern,
- auf der Grundlage einer weiterentwickelten Datenlage die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und die Zahl der ausbildungsbereiten Betriebe zu erhöhen,
- die Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich weiter zu reduzieren, und den Übergangsbereich möglichst an staatlich anerkannten betrieblichen Ausbildungsberufen zu orientieren,
- die Qualität der Ausbildung kontinuierlich weiterzuentwickeln,
- die Weiterbildung und insbesondere die Aufstiegsfortbildung zu stärken.

Die betriebliche Ausbildung junger Menschen hat dabei klaren Vorrang.

Die „Allianz“-Partner wollen gemeinsam daran arbeiten, sowohl mehr leistungsstarke Jugendliche für die berufliche Bildung zu gewinnen als auch mehr Jugendlichen mit schlechteren Startchancen, jungen Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen sowie Menschen mit Behinderung eine betriebliche Berufsausbildung zu ermöglichen.

Die „Allianz“-Partner haben gemeinsam strategische Handlungsfelder identifiziert und Maßnahmen verabredet.

Jugendliche besser auf den Beruf und die Arbeitswelt vorbereiten

In den allgemeinbildenden Schulen, in den Familien und im sozialen Umfeld werden die Grundlagen für die Berufswahl und eine erfolgreiche Ausbildung junger Menschen geschaffen.

Die „Allianz“ setzt sich dafür ein, dass jeder Jugendliche die für eine erfolgreiche betriebliche Ausbildung notwendigen Voraussetzungen mit auf den Weg bekommt und die Berufsorientierung in allen Schulformen gestärkt wird.

Eine verstärkte Berufsorientierung an allen Schulen ist zugleich ein wichtiger Beitrag gegen eine wachsende Zahl von Wechslern und Abbrechern in der beruflichen sowie akademischen Ausbildung.

Dazu starten die „Allianz“-Partner folgende Maßnahmen:

- Die Länder entwickeln aufbauend auf ihren jeweiligen Programmen und Strukturen sowie in Zusammenarbeit mit dem Bund ein kohärentes Konzept für die Berufsorientierung und den Übergang von der Schule in den Beruf. Sie setzen dieses in enger Einbindung aller Akteure vor Ort um. Es geht vor allem darum, die Potenziale junger Menschen früh zu erkennen und eine individuelle, kontinuierliche Unterstützung bei der Berufs(wahl)orientierung sicherzustellen. Dies ist für Jugendliche mit Behinderung als wesentliche Grundlage für einen möglichst inklusiven Start in das Berufsleben von besonderer Bedeutung. Im Zeichen einer umfassenden, bedarfsorientierten Berufsberatung werden Länder und Bundesagentur für Arbeit dafür sorgen, dass künftig die duale Ausbildung stärker als Perspektive auch an Gymnasien vermittelt wird.
- Die Länder wirken darauf hin, dass die Berufsorientierung als fester Bestandteil in der Lehramtsausbildung oder Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie als Aufgabe der Schulen unter Einbindung der Bundesagentur für Arbeit verankert wird.
- Die reale Arbeitswelt lässt sich am besten vor Ort im Betrieb erfahren. Qualitativ hochwertige betriebliche Praktika bieten sowohl für junge Menschen als auch für Unternehmen die Chance, nachhaltige Kontakte zu knüpfen und können ein Türöffner in den Ausbildungsbetrieb sein. Auch andere Akteure (z. B. der öffentliche Dienst) engagieren sich in diesem Bereich.

- Die Wirtschaft wird jährlich bundesweit 500.000 Praktikumsplätze für Schüler im Rahmen der Berufsorientierung anbieten. Damit solche Praktika einen echten Mehrwert für Unternehmen und Schüler haben, werden gemeinsame Qualitätsstandards von Wirtschaft, Gewerkschaften und Ländern entwickelt. Darüber hinaus sollen Lehrer sowie Berater der Agenturen für Arbeit in Betrieben an individuellen Praktika teilnehmen können.

- Die Wirtschaft und die Gewerkschaften werden ihr Engagement in der frühzeitigen Berufs- und Arbeitsweltorientierung der Schüler und Schülerinnen in den regionalen Strukturen steigern. Die Wirtschaft wird dafür beispielsweise jeder interessierten Schule eine Kooperation mit Unternehmen ermöglichen.

- Die Länder prüfen den Anpassungsbedarf ihrer entsprechenden Gesetze zur Verbesserung der Kooperation der allgemeinbildenden Schulen mit den Trägern der beruflichen Bildung und den Sozialleistungsträgern daraufhin, dass jeder junge Mensch durch frühzeitige Verzahnung der Maßnahmen die bestmögliche Unterstützung beim Übergang in das Berufsleben erhalten kann. Es ist wichtig, die Verläufe des Übergangs von der Schule in den Beruf auch statistisch gezielter zu erfassen und besser nachzuhalten. Ziel ist es, die Kooperation in den diversen Arbeitsbündnissen „Jugend und Beruf“ (wie zum Beispiel Jugendberufsagenturen) mit den allgemeinbildenden Schulen zu intensivieren. Hierzu werden die „Allianz“-Partner gemeinsame Erfolgskriterien beraten bzw. entwickeln.

Alle „Allianz“-Partner werben bundesweit in einer gemeinsamen „Woche der Ausbildung“ jeweils einmal zu Beginn des Jahres mit verschiedenen Aktivitäten in den Regionen für die Attraktivität der dualen Ausbildung und ihre Karrierechancen. Zudem werben sie kontinuierlich für die berufliche Bildung.

Allen eine Chance für betriebliche Ausbildung geben

Jeder Bewerber soll ein Angebot bekommen, das zu einem Berufsabschluss führen kann.

Betriebliche Ausbildung hat dabei Vorrang.

Dafür stellt die Wirtschaft ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Sie wird dazu zusätzliche Anstrengungen unternehmen und will im Jahr 2015 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber den im Jahr 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen. Dieses Niveau wollen wir auch in den Folgejahren sichern.

Die Kammern sprechen Betriebe gezielt an, die im Vorjahr keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnten, und beraten sie, um die Chancen für die Besetzung der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Mitte 2015 werden sich die „Allianz“-Partner über weitere Maßnahmen und Angebote für die Jahre 2016 bis 2018 verständigen.

Die Wirtschaft macht jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30.9. noch keinen Ausbildungsplatz hat, drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung. Die berufliche und räumliche Mobilität des Jugendlichen ist dabei wichtig und wird ggf. durch Unterstützung der Agenturen für Arbeit oder der Länder flankiert werden.

Tarifvertragliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften können einen Beitrag leisten zu einem hinreichenden Angebot an betrieblicher Berufsausbildung im Allgemeinen und für benachteiligte und behinderte junge Menschen sowie Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen im Besonderen.

Der Bund und die Bundesagentur für Arbeit sichern im Rahmen der Initiative Bildungsketten bis zum Jahrgang 2018/2019 (Maßnahmebeginn in der Vorabgangsklasse) für junge Menschen, deren Hauptschulabschluss gefährdet ist, die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung an den bisherigen Schulen bedarfsdeckend, und beziehen im Rahmen des Machbaren weitere Schulen mit ein. Ziel ist, diese jungen Menschen möglichst unmittelbar in eine betriebliche Berufsausbildung zu integrieren.

Die „Allianz“-Partner, insb. Wirtschaft und Gewerkschaften, führen gemeinsam Maßnahmen durch, um die Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten deutlich zu steigern. Hierzu gehört insbesondere der stärkere Ausbau der lokalen Netzwerke von Kammern, Gewerkschaften und Migrantenverbänden. Insbesondere die Ansprache der Familien der Jugendlichen soll hier verstärkt werden. Außerdem soll der Anteil von Ausbildungsbetriebsinhabern mit Migrationshintergrund weiter erhöht werden. Dazu werden erfolgreiche Projekte, wie beispielsweise KAUSA (Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration) fortgeführt und ausgebaut.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften erleichtern die überregionale Suche von Ausbildungsplätzen durch spezielle Angebote, wie z. B. Lehrstellenbörsen und Mobilitätshilfen für Jugendliche aus anderen Regionen. Denn Jugendliche in Blockunterricht sollen nicht mit weiteren Kosten belastet werden. Die Länder prüfen, vor

diesem Hintergrund kostenlose, Regionen übergreifende ÖPNV-Tickets für diese Jugendliche in Ausbildung anzubieten. Die Bundesagentur für Arbeit weitet ihre Beratungsleistungen für ausbildungsinteressierte Jugendliche aus, indem sie sie auch bezüglich ihres Zweit- oder Drittberufswunschs sowie zu überregionalen Angeboten und den damit verbundenen Mobilitätshilfen ausführlich berät. Außerdem wird zukünftig die Beantragung und Genehmigung von Berufsausbildungsbeihilfen bei der Bundesagentur für Arbeit elektronisch möglich sein.

Die ausbildungsbegleitenden Hilfen werden durch die Bundesagentur für Arbeit ausgebaut. Alle Jugendlichen, die diese zur Aufnahme und zum erfolgreichen Absolvieren der Ausbildung benötigen, können sie in Zukunft erhalten. Der Bund wird dazu eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg bringen.

Durch das neue Instrument der assistierten Ausbildung sollen gerade auch kleine und mittlere Unternehmen bei der Ausbildung von leistungsschwächeren Jugendlichen unterstützt werden. Um eine hohe Akzeptanz der assistierten Ausbildung zu sichern, wird das Fachkonzept für dieses Programm durch die Bundesagentur für Arbeit mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften abgestimmt.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften werden bei den Betrieben für die Maßnahmen der assistierten Ausbildung werben.

Wir halten das Instrument der assistierten Ausbildung für ein gutes Instrument, um mehr Jugendliche zu einem beruflichen Abschluss zu bringen und die Unternehmen bei der Ausbildung zu unterstützen. Wir wollen jetzt den Einstieg in die assistierte Ausbildung auf den Weg bringen. Als ersten Schritt streben wir für das Ausbildungsjahr 2015/2016 bis zu 10.000 Plätze für assistierte Ausbildung an. Die Finanzierung für die assistierte Ausbildung erfolgt aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit und für junge Menschen aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende aus dem Eingliederungstitel der Jobcenter. Die „Allianz“-Partner wollen darüber hinaus das Instrument der assistierten Ausbildung verstetigen. Sie werden 2015 gemeinsam über die Ausweitung und über deren Finanzierung ab dem Ausbildungsjahr 2016/2017 entscheiden. Der Bund wird für das Instrument der assistierten Ausbildung eine entsprechende gesetzliche Initiative auf den Weg bringen.

Die Erfahrungen mit der assistierten Ausbildung, den ausbildungsbegleitenden Hilfen und der Berufseinstiegsbegleitung werden von den „Allianz“-Partnern evaluiert.

Zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen wollen Bund und Länder Programme wie zum Beispiel „VerA“ (Verhinderung von Abbrüchen und Stärkung von Jugendlichen in der Berufsausbildung), „QuABB“ (Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb) und „Stark für Ausbildung“ fortführen bzw. weiterentwickeln. Die „Allianz“-Partner setzen sich für die verstärkte Nutzung ausbildungsbegleitender Hilfen (abH) ein.

Ausbildungsabbrüche von Jugendlichen, die aus dem Ausland kommen und sich im Rahmen des Programms „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa“ (MobiPro-EU) ausbilden lassen, sollen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten durch eine professionelle und engmaschige Betreuung sowie einen angemessenen Sprachunterricht verhindert werden.

Für Jugendliche, die nicht sofort eine betriebliche Ausbildung beginnen, stellt die Wirtschaft jährlich 20.000 Plätze für Einstiegsqualifizierung (EQ) als Brücke in Ausbildung bereit. Die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften werben bei den Betrieben für die Bereitstellung von EQ-Plätzen für benachteiligte junge Menschen (EQ Plus) und Jugendliche mit migrationsbedingten Problemlagen. Die Einstiegsqualifizierungen sollen insbesondere auf diese Zielgruppen fokussiert werden. Um die Besetzung der EQ- und besonders EQ-Plus-Plätze zu steigern, informieren insbesondere Kammern und Gewerkschaften die Jugendlichen über diese Möglichkeit. Betriebe stellen Bescheinigungen über erfolgreich absolvierte Einstiegsqualifizierungen aus. Die Kammern stellen auf dieser Grundlage auf Antrag des Jugendlichen oder des Betriebes Zertifikate aus.

Die Bundesagentur für Arbeit wirbt bei Arbeitgebern, verstärkt benachteiligte junge Menschen und Jugendliche mit migrationsbedingten Problemlagen in EQ bzw. EQ-Plus zu nehmen. Die Länder sichern flächendeckend das Recht zum Besuch eines berufsschulischen Angebots für alle EQ-Teilnehmer/innen zu.

Auch in Zukunft hat eine betriebliche Ausbildung Vorrang. Nur soweit im Einzelfall keine betrieblichen Angebote vorliegen, absolvieren ausbildungssuchende Jugendliche eine außerbetriebliche Ausbildung in kooperativer Form. So können bei individuellen Beeinträchtigungen betriebsnahe Angebote gemacht werden, die die Eingliederung in den Beruf erleichtern. Diese werden durch die Bundesagentur für Arbeit im Einzelfall in Absprache mit den anderen Partnern der „Allianz“ vor Ort in der Region organisiert.

Die Wirtschaft ist bereit, die Übernahme von Jugendlichen aus der kooperativen außerbetrieblichen Ausbildung nach dem ersten Ausbildungsjahr in die betriebliche Ausbildung zu erhöhen. Um das zu erreichen, sollen Fehlanreize zum Verbleib in der außerbetrieblichen Ausbildung reduziert werden.

Verschiedene Ländermaßnahmen bieten zum Teil Auffangmöglichkeiten für junge Menschen; auch dabei sollte der Übergang in die betriebliche Ausbildung angestrebt werden.

Personen ohne Berufsabschluss tragen das mit Abstand größte Arbeitsmarktrisiko. In der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen verfügen gegenwärtig etwa 1,4 Millionen junger Menschen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bund und Länder halten an ihrem Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels fest und wollen die Quote der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung von jetzt rund 13 auf 8 Prozent (2018) senken. Die „Allianz"-Partner verständigen sich, auch diese Menschen für eine betriebliche Ausbildung als „Zweite Chance" zu motivieren und zu gewinnen. Dazu wird die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam mit dem Bund, der Wirtschaft und den Gewerkschaften Maßnahmen weiter vorantreiben.

Attraktivität und Qualität verbessern

Die „Allianz"-Partner wollen die Qualität und Attraktivität der dualen Ausbildung verbessern.

Nur eine qualitativ hochwertige Ausbildung an beiden Lernorten – Betrieb und Berufsschule – ist attraktiv für junge Menschen und kann sie und ihre Eltern für eine duale Ausbildung motivieren.

Dazu ist vorgesehen:

- Die „Allianz"-Partner setzen sich dafür ein, die duale Ausbildung durch Zusatzangebote attraktiver zu gestalten. Hierzu gehören der Ausbau des Angebots von kombinierten Aus- und Weiterbildungen, Auslandsaufenthalte und Zusatzqualifikationen. Dadurch sollen mehr leistungsstarke Schüler für eine duale Ausbildung gewonnen werden.

- Die „Allianz"-Partner wirken gemeinsam darauf hin, dass in der Praxis deutlich mehr Ausbildungen in Teilzeit ermöglicht werden. Die Wirtschaft und die für die Berufsschulen zuständigen Länder sind sich darin einig, dass die Rahmenbedingungen der Ausbildung unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange familienfreundlicher ausgestaltet werden sollten. Dabei wird eine gleichgewichtige Verteilung der Zeitreduzierung zwischen den Lernorten Schule und Betrieb angestrebt.

- Die Länder setzen sich dafür ein, auch weiterhin berufsschulische Angebote in zumutbarer Entfernung aufrechtzuerhalten. Dazu zählt die Beibehaltung des „Fachklassen-Prinzips" und die Entwicklung von Konzepten zur Gewinnung qualifizierter Fachlehrkräfte und zur Sicherstellung der technologischen Anschlussfähigkeit der Berufsschulen. Die Qualität der Berufsschulen sichern die Länder durch regelmäßige Evaluationen. Die demografische Entwicklung bietet hier Spielräume.

- Wirtschaft und Gewerkschaften treten gemeinsam für eine qualitativ hochwertige Ausbildung in den Betrieben ein. Sie verbreiten zusammen Beispiele für eine gute Ausbildung.

  Auch Betriebsräte werben in den Unternehmen verstärkt für gute Ausbildung. Die Kammern nehmen ihre Aufgabe zur Sicherung der Qualität der Ausbildung in den Betrieben wahr.

- Die Wirtschaft und die Gewerkschaften werden gemeinsam ein niedrigschwelliges Beschwerdemanagement entwickeln und zunächst pilothaft in ausgewählten Regionen erproben, um Jugendliche bei Problemen mit der Ausbildungsqualität besser zu unterstützen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft und die Gewerkschaften werben dafür, das Thema Qualität regelmäßig in den Berufsbildungsausschüssen aufzurufen.

- Wirtschaft und Gewerkschaften streben an, die Zahl der Vertragslösungen ohne Alternative zu senken.

- Der Bund wird weiterhin mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften die grenzüberschreitende Mobilität der Auszubildenden unterstützen.

Berufliche Weiterbildung stärken

Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Es sind zwei gute Wege in die Berufs- und Arbeitswelt, die beide Zusatzqualifikationen bieten und Karrierechancen eröffnen. Die „Allianz"-Partner unterstützen die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Sie wollen die Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen in beide Richtungen erhöhen und diese viel stärker kommunizieren. Es wird vereinbart:

- Die Länder setzen sich dafür ein, dass sich die Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte öffnen (inkl. geeigneter Integrationsmaßnahmen). Dabei sind insbesondere Hürden für Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung (Aufnahmeprüfungen, Zeiten der Berufserfahrung, Probesemester etc.) weiter abzubauen.

- Die Länder werben dafür, dass zwischen den Hochschulen ein Transfer von Anrechnungsverfahren für ausgewählte Berufe und fachlich ähnliche Studiengänge stattfindet.

- Die „Allianz"-Partner wollen Studienaussteiger/innen gezielt für die betriebliche Aus- und Weiterbildung gewinnen. Bund und Länder werden Aktivitäten der Wirtschaft, insbesondere der Kammern, mit entsprechenden Maßnahmen flankieren.

- Alle „Allianz"-Partner setzen sich dafür ein, dass die Chancen der Aufstiegsfortbildung und deren Fördermöglichkeiten stärker bekannt gemacht werden.

- Der Bund wird unter enger Einbindung von Wirtschaft und Gewerkschaften eine Gesetzesinitiative zur Anpassung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (sog. „Meister-BAföG) auf den Weg bringen.

- Die „Allianz"-Partner wollen im Bereich der beruflichen Weiterbildung insbesondere die Nachqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss verstärken. Sie setzen sich dafür ein, die Fördermöglichkeiten noch stärker zu nutzen und fortzuentwickeln, um vor allem junge Erwachsene ohne Berufsausbildung zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu führen.

- Die Wirtschaft und die Gewerkschaften fördern ab dem Jahr 2015 mit Unterstützung des Bundes im Rahmen der ESF-Sozialpartnerrichtlinie „Fachkräfte sichern: weiterbilden und Gleichstellung fördern" die Umsetzung von Maßnahmen zur Weiterbildung in der Praxis. Die „Allianz"-Partner werden die Erkenntnisse aus der Umsetzung dieses Programms nutzen und prüfen, wie Beispiele guter Praxis in die Fläche gebracht werden können.

Gemeinsam handeln

Die veränderte Lage auf dem Ausbildungsmarkt erfordert ein vernetztes und transparentes Handeln aller Akteure auf Bundes-, Landes- bis hin auf die kommunale Ebene. Strukturierte Vorgehensweisen in den Ländern werden unterstützt. Die Partner der „Allianz" werden die praktischen Erfahrungen der ausbildenden Betriebe nutzen. Eine kontinuierliche Analyse der Herausforderungen bildet die Grundlage für eine Überprüfung der Rahmen- und Förderbedingungen. Nur so kann es gelingen, dass ausbildungsinteressierte Menschen ohne Umwege in eine betriebliche Ausbildung gehen und keiner nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen „verloren" geht. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung verfolgt einen partnerschaftlichen Ansatz. Jeder Partner leistet eigene, substanzielle Beiträge. Alle Akteure der „Allianz" bilanzieren regelmäßig die vereinbarten Ziele (qualitative und quantitative) und Beiträge. Sie passen sie ggf. den aktuellen Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt an.

Weitere Indikatoren sollen im ersten Jahr gemeinsam entwickelt werden. Dazu soll die Datenlage über die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze und die ausbildungsbereiten Betriebe verbessert werden.

Die „Allianz" hat zwei Gremien: einen hochrangig besetzten Steuerungskreis und einen Ausschuss auf Arbeitsebene. Der Arbeitsausschuss bilanziert regelmäßig die laufenden Aktivitäten der „Allianz" und identifiziert aktuelle Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt. Zudem führt der Arbeitsausschuss Workshops mit Praktikern aus dem Bereich Ausbildung und Weiterbildung durch. Er bereitet das Treffen des Steuerungskreises vor, in dem sich die Spitzen der „Allianz"-Partner austauschen. Dieses findet jeweils im Frühjahr eines Jahres statt.

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung wird bis Ende 2018 laufen.

Berlin, den 12. Dezember 2014

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Andrea Nahles
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Prof. Dr. Johanna Wanka
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Aydan Özoğuz
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Reiner Hoffmann
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Dr. Eric Schweitzer
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

Ingo Kramer
Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
zugleich im Namen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Hans Peter Wollseifer
Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Dr. Horst Vinken
Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Sylvia Löhrmann
Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Harry Glawe
Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz

Vorsitz der Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Dr. Frank-J. Weise
Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit